

## **Berliner Informationszentrum für Transatlantische Sicherheit (BITS)**

### **Berlin Information-center for Transatlantic Security (BITS)**

BITS Briefing Note 01.1

ISSN 1434-3266

Februar 2001

## **Europa und Rußland – Zwischenbilanz und Ausblick**

**von Ira Bernhof**

Ein Gipfeltreffen der EU und Rußlands in Paris am 30. Oktober 2000<sup>1</sup> nutzten die Beteiligten, um ihr besonderes Interesse an einer Vertiefung des Dialogs in Fragen der Sicherheit und Verteidigung zu bekräftigen. Regelmäßige Konsultationen und Expertenanhörungen zu Themen der Abrüstung, der Rüstungskontrolle sowie zur Förderung der Zusammenarbeit im Bereich der operationellen Krisenbewältigung sollen der strategischen Partnerschaft<sup>2</sup> zwischen der EU und Rußland künftig Substanz geben und Gestalt verleihen. Bis zum nächsten Gipfel - voraussichtlich im März 2001 in Stockholm - soll überlegt werden, inwieweit Rußland an nicht-militärischen Maßnahmen der Krisenbewältigung beteiligt werden kann.

Teilweise überschattet wurden die Gespräche von der brisanten politischen Lage im nördlichen Kaukasus. Die EU-Staaten hatten wiederholt zur Einhaltung der eingegangenen menschenrechtlichen Verpflichtungen gemahnt<sup>3</sup>, vor allem im Kontext der OSZE und des Europarates. In Paris einigten sich die EU und Rußland erstmals auf das Ziel einer politischen Lösung - natürlich unter der Achtung der Souveränität und der territorialen Integrität Rußlands.<sup>4</sup>

Den Rahmen für die Zusammenarbeit zwischen der EU und Rußland bilden eine Rei-

he von bilateralen Vereinbarungen unterschiedlichen Rechtscharakters sowie einige wichtige politische Dokumente: Das „Partnerschafts- und Kooperationsabkommen“ von Korsika aus dem Jahre 1994<sup>5</sup>, der Beitritt Rußlands zum Europarat 1996 (Anfang 1998 in Kraft getreten), die „Gemeinsame Strategie der EU für Rußland“<sup>6</sup>, die auf dem Kölner EU-Gipfel im Mai 1999 verabschiedet wurde und die „Mittelfristige Strategie Rußlands für die EU(2000-2010)“<sup>7</sup>, die der russische Präsident, Wladimir Putin, im Oktober 1999 für den EU-Gipfel in Helsinki vorlegte. Das wichtigste Instrument der EU-Rußlandpolitik ist der „Kooperationsrat EU-Rußland“<sup>8</sup>, der zweimal jährlich tagt und seine Rechtsgrundlage im Partnerschafts- und Kooperationsabkommen von 1994 findet.

Mit der vorliegenden Briefing Note soll die vorsichtige Annäherung der EU-Staaten und Rußlands nachvollzogen und eine erste Prognose der künftigen sicherheitspolitischen Beziehungen gewagt werden. Um zu einer aussagekräftigen Bestandsaufnahme der EU-Rußland-Beziehungen zu kommen, werden folgende Fragen untersucht:

- Welche Interessen und Ziele verfolgt die EU bezüglich ihrer sicherheitspolitischen Beziehungen zu Rußland? Was

---

**Berliner Informationszentrum für Transatlantische Sicherheit (BITS)**

Rykestr 13, 10405 Berlin, Tel 030 446858-0, Fax 030 4410-221

**Berlin Information-center for Transatlantic Security (BITS)**

Rykestr. 13, D-10405 Berlin, Germany, ph +49 30 446858 -0, fax +49 30 4410-221

verspricht sich die EU von ihren Beziehungen zu Rußland ?

- Welche sicherheitspolitischen Erwartungen bzw. Ziele hat Rußland im Blick auf die EU? Was verspricht sich die russische Regierung von Ihren Beziehungen zur EU?
- Könnte die Schaffung einer sicherheitspolitischen Identität der EU eine Voraussetzung für eine kooperative An- oder Einbindung Rußlands sein?
- Wie lassen sich die Perspektiven der EU-Rußland Politik bewerten?

## 1. Die Rußlandpolitik der EU

Nur wenige Wochen nach Inkrafttreten des Amsterdamer EU-Vertrages machten die EU-Staaten erstmals von einem neuen Instrument ihrer Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik Gebrauch: Auf dem Kölner EU-Gipfel beschrieben sie die Ziele ihrer Rußlandpolitik in einer Gemeinsamen Strategie<sup>9</sup>. Dies signalisierte Moskau das Interesse der EU an einer verstärkten Zusammenarbeit, u.a. in der Sicherheitspolitik. Rußland wird die Perspektive einer intensiven Kooperation bis hin zur Möglichkeit einer strategischen Partnerschaft aufgezeigt. Die EU-Mitgliedstaaten wollen Rußland zur verantwortlichen Mitwirkung im Rahmen eines kontinuierlichen politischen und sicherheitspolitischen Dialoges in Europa ermuntern und diesen Dialog durch geeignete Mechanismen institutionell abstützen. Mit diesem Papier versucht die EU, die politische Dimension ihres Vertrages über Partnerschaft und Kooperation aus dem Jahre 1994 gegenüber Rußland begrifflich und inhaltlich zu präzisieren.

Hauptanliegen ist es, in Rußland Voraussetzungen zu schaffen, die die Etablierung einer stabilen und pluralistischen Demokratie ermöglichen. Demokratie, Rechtsstaat, Achtung der Menschenrechte, die Schaffung einer verlässlichen Verwaltung, die Bekämpfung der Korruption und der Kampf gegen die organisierte Kriminalität werden unter anderem als unverzichtbare Grundlagen der Zusammenarbeit beschrieben. Als wichtiger Bereich zukünftiger Kooperation wird auch

der Kampf gegen das organisierte Verbrechen betrachtet<sup>10</sup>. Die Stärkung des Rechtsstaates fördert die Bereitschaft zu Auslandsinvestitionen in Rußland. Diese sind eine wesentliche Voraussetzung für die wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit mit dem Ziel der Stabilisierung und Entwicklung der russischen Volkswirtschaft – dem zweiten Schwerpunkt der Gemeinsamen Strategie. Nachdrücklich betont das Dokument das Ziel der wirtschaftliche Einbindung und Stabilisierung Rußlands und seine Einbeziehung in internationale Organisationen<sup>11</sup>. Der Abbau von Handelshindernissen, ein erweiterter Zugang zum EU-Binnenmarkt und die Schaffung eines gesamteuropäischen Wirtschaftsraums, basierend auf einer Freihandelszone zwischen der EU und Rußland, werden als Perspektive aufgezeigt.

Der dritte Schwerpunkt der Gemeinsamen Strategie ist die sicherheitspolitische Zusammenarbeit. Ausdrücklich wird die gemeinsame Verantwortung der EU und Rußlands für Stabilität in Europa betont. Als Bereiche der Sicherheitskooperation bieten sich Konsultationen und gemeinsames Vorgehen im Kontext des OSZE-Prozesses an, z.B. im Blick auf die geplante Europäische Sicherheitscharta, aber auch das Zusammenwirken beim Konzipieren europäischer Friedenspolitik. Explizit deutet die Gemeinsame Strategie die Möglichkeit gemeinsamer Initiativen und gemeinsamer Politiken zur Bearbeitung und Prävention von Krisen an, z.B. in Regionen, die an Rußland angrenzen, auf dem Balkan oder im Nahen Osten. Die EU erklärt ihre Bereitschaft zu prüfen, ob und in welcher Form Rußland die Mitwirkung an EU-Operationen des militärischen Krisenmanagements ermöglicht werden kann. Gemeinsame Initiativen zur Stärkung der Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen werden ins Auge gefaßt.

## 2. Die EU-Politik Rußlands

Mit einem „Strategiepaper für die mittelfristige russische EU-Politik (2000-2010)“ antwortete der damalige russische Premiermini-

ster und heutige Präsident Putin auf das von der EU vorgelegte Strategiepapier<sup>12</sup>, also mit einer deutlich längeren zeitlichen Perspektive. Die russische Regierung setzt sich mit den normativen Zielsetzungen des EU-Papiers auseinander und möchte wie die EU eine verstärkte Kooperation, setzt aber die Schwerpunkte anders. Dabei geht Moskau realistischerweise davon aus, daß ein russischer EU-Beitritt während der Laufzeit der mittelfristigen Strategie nicht zur Disposition steht.

Vorrang haben aus russischer Sicht Kooperationen bei Wirtschaft und Technologie. Die wirtschaftliche Stabilisierung ist das vorrangige Ziel russischer Innen- und Außenpolitik. Deutlich macht dies die Bitte an die EU, Rußland bei allen erforderlichen Strukturanpassungen zu unterstützen. Rußland wickelt mehr als 40% seines Außenhandels mit der EU ab. Die EU ist zum stärksten Direktinvestor avanciert. Vor allem Deutschland ist eng mit dem russischen Energiesektor verbunden<sup>13</sup>. Aus der Sicht Rußlands dienen solche Kooperationen der eigenen wirtschaftlichen Stabilisierung, aus der Sicht der EU-Staaten tragen sie zur langfristigen Sicherung der Energieversorgung bei. Aus Sicht beider dienen strategische Abhängigkeiten der Stabilität in Europa.

Die sicherheitspolitische Kooperation hat aus russischer Sicht zweite Priorität. Rußland befürwortet eine dauerhafte und intensive Kommunikation gerade auch über sicherheitspolitische Fragen. Auch die Schaffung angemessener Umsetzungsinstrumente wird befürwortet. Ziel ist aus Moskauer Sicht längerfristig eine „strategische Partnerschaft“ zwischen Rußland und der EU in einer multipolaren Welt - ohne neue Grenzen in Europa. „Strategische Partnerschaft“ unter Gleichberechtigten muß aus Moskauer Sicht ihren Ausdruck in rechtlich bindenden, vertraglichen Beziehungen finden. Auf Grundlage solcher Beziehungen will Rußland mit der EU über gemeinsame Politiken zur Verhinderung und Beilegung lokaler Konflikte diskutieren. Großmächte assoziieren sich nicht, sondern führen Vertragsbeziehungen.

Das Angebot der EU zu Koordination und gegenseitiger Abstimmung greift dagegen aus russischer Sicht zu kurz. Es ermöglicht Rußland nur Mitsprache-, aber nicht Mitentscheidungsrechte – zum Beispiel im Blick auf Krisenmanagementeinsätze. Deshalb reagiert Rußland auf die Entwicklung einer Gemeinsamen Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GESVP)<sup>14</sup> zunächst beobachtend und abwartend, aber dennoch interessiert.

Zumindest in Ansätzen kann Rußland Europa auch als geopolitischen bzw. militärischen Akteur mit eigenen Interessen wahrnehmen. Zugleich bleibt aus russischer Sicht noch offen, ob die EU als Akteur hinreichend handlungsfähig wird, um eine operative Zusammenarbeit auf sicherheitspolitischem Gebiet – einschließlich des Krisenmanagements und der Durchführung von friedensschaffenden Maßnahmen – in Erwägung zu ziehen. Zunächst ist nicht damit zu rechnen, daß die Kooperation schnell über punktuelle und themenbezogene Kooperationen hinausgeht. Trotzdem ist von einem grundsätzlichen russischen Interesse an Zusammenarbeit mit der EU im Hinblick auf für Rußlands Stabilität zentrale Regionen südlich der russischen Grenzen auszugehen<sup>15</sup>.

Sichtlich zurückhaltend ist die Mittelfristige Strategie im Blick auf die dritte Säule der Gemeinsamen Strategie der EU. Das europäische Drängen auf Demokratisierung, Pluralismus, Rechtsstaatlichkeit und Werteorientierung trifft angesichts der innenpolitischen Realitäten auf wenig Zustimmung.

Die künftige Entwicklung des Landes unter Präsident Putin wird entscheiden, ob die pragmatisch-realistische Partnerschaft in eine „strategische“ überführt werden kann.<sup>16</sup>

### **3. Europäische Identität - Voraussetzung für sicherheitspolitische Kooperation mit Rußland?**

Obwohl in der russischen EU-Strategie keine Ansätze zu erkennen sind, daß Rußland gezielt mit seiner Europapolitik einen Keil

in die transatlantischen Beziehungen treiben will<sup>17</sup>, hofft man in Moskau, daß die Verwirklichung der GESVP<sup>18</sup> Europa mehr Eigengewicht und Einfluß innerhalb der NATO verschaffen wird. Die längerfristigen Maximalvorstellungen Rußlands gehen dahin, durch enge Zusammenarbeit mit gestärkten Strukturen europäischer sicherheitspolitischer Identität einem NATO-Zentrismus in Europa entgegenzuwirken und möglicherweise auf längere Sicht auch zu gemeinsamen politisch-militärischen Aktivitäten mit der EU zu kommen.

Rußland ist dabei bewußt, daß auch die EU, ähnlich wie die NATO, Moskau kein Recht auf Mitentscheidung bei EU-internen Entscheidungen gewähren kann. Die Zusammenarbeit bleibt beschränkt auf das Recht auf Information und Konsultation, sowie die Möglichkeit der Mitwirkung bei der Umsetzung von EU-Entscheidungen zum zivilen und militärischen Krisenmanagement. Nicht einmal der NATO kann die EU ein Veto-recht im Blick auf EU-Entscheidungen einräumen.

Rußland kann aber in etlichen EU-Staaten mit einer gewisse Unterstützung dafür rechnen, daß UNO bzw. OSZE-Mandate für militärische Kriseneinsätze - dies impliziert eine Mitwirkung Rußlands an der Entscheidung - als notwendige Voraussetzung erachtet werden.

Attraktiv ist aus russischer Perspektive deshalb die sicherheitspolitische Kooperation mit der EU in Politikfeldern, in denen die EU-Position deutliche Affinitäten zu russischen Interessen aufweist, sich gegebenenfalls von der Position der USA deutlich unterscheidet oder eine Alternative zur zwangsweisen Zusammenarbeit mit den USA darstellt. Dies könnte beispielsweise für den Transkaukasus und Zentralasien gelten. Aus Moskauer Sicht verfolgen die USA in diesen Regionen vorrangig geopolitische nationale Interessen. Sie würden gegebenenfalls militärisch agieren, um sich dauerhaft Einfluß in diesen rohstoffreichen Regionen zu sichern. Die Alternative aus Moskauer Sicht: Die EU ist bislang primär politisch-wirtschaftlicher Akteur mit begrenzteren

regionalen militärischen Handlungsmöglichkeiten. Ihre Involvierung ließe mehr Spielraum für die Wahrung vitaler russischer Interessen in diesen Regionen. Ein Beispiel politisch wirtschaftlicher Natur: Rußland und wesentliche EU-Staaten halten den Transport des Kaspischen Öls über den Iran für sinnvoller als über die von den USA, der Türkei und Georgien geplante neue Ceyhan-Pipeline.

Darüber hinaus betont Außenminister Iwanow immer wieder die positive Rolle, die die EU bei der Herausbildung eines stabilen Sicherheitsumfeldes und dem Aufbau eines gesamteuropäischen Sicherheitssystems spielen kann.

Ob sich die russischen Hoffnungen auf verstärkte Kooperation mit einem wesentlich eigenständigeren Europa erfüllen werden, hängt von zwei Entwicklungen ab: Zum einen davon, ob die künftigen Strukturen europäischen militärischen Krisenmanagements Europa wirklich zu unabhängigen politischen Entscheidungsprozessen und zu autonomen militärischen Einsatzmöglichkeiten befähigen. Zum anderen davon, ob die EU-Staaten eine solche Unabhängigkeit wirklich anstreben und gegebenenfalls auch gegen den Widerspruch der USA durchzusetzen gewillt sind. Auch deshalb agiert Rußland zur Zeit noch vorsichtig. Aus Moskauer Sicht ist bislang nicht klar, ob die europäischen Staaten mittels der europäischen Integration eine hinreichend starke, sicherheitspolitische Identität entwickeln werden, um bei Konflikten in und über Europa hinaus als eigenständiger Akteur auftreten zu können.

#### **4. Perspektiven der EU-Rußland Politik**

Für die EU stellt sich die Aufgabe, ihre Politik gegenüber Rußland vorsichtig und schrittweise weiterzuentwickeln. Künftige Ziele der EU in der eurasischen Region könnten z.B. sein: Erstens der Ausbau der Ost-West-Verkehrsachsen, zweitens die Stärkung von Demokratie und Marktwirtschaft in den Staaten der GUS, drittens die Unterstützung einer Umorientierung der

russischen Geopolitik zu ökonomischen Wettbewerb und viertens der Aufbau eines „Kaspischen Stabilitätspaktes“ unter Einbeziehung des Iran und zwecks Verhinderung einer „Balkanisierung“ der Region.<sup>19</sup>

Die politische Herausforderung besteht dabei in dem Balanceakt, Rußland einzubeziehen und sich zugleich bewußt zu sein, dieses Land nicht vollständig integrieren zu können: Eine Integration in die europäische Wertegemeinschaft ist kurz-, mittel- und auch längerfristig ebenso unrealistisch wie seine vollständige Integration in die Europäische Union. Moskaus Interesse gilt vorwiegend der technischen und wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit dem Ziel der Stabilisierung der wirtschaftlichen Entwicklung Rußlands. Die EU gilt dabei als der wichtigste Handels-, Transformations- und Modernisierungspartner. Zugleich werden die tiefgreifenden Folgen der EU-Osterweiterung auf die künftige Wirtschafts- und Handelspolitik Rußlands noch deutlich unterschätzt.

Eine wichtige Rolle bei der Entwicklung der Beziehungen wird dabei einerseits die Region Kaliningrad spielen, die sich im Zuge der Osterweiterung der EU zu einer russischen Enklave innerhalb der EU entwickeln wird.<sup>20</sup> Andererseits bedeutet die Einbeziehung der baltischen Staaten in die Osterweiterung der EU gravierende Veränderungen für die Außenhandels- und Wirtschaftspolitik Rußlands. Die EU ist in der Pflicht, Moskau auf die Folgeprobleme und auf geeignete stabilisierende Maßnahmen aufmerksam zu machen.

Darüber hinaus ist dringend erforderlich, zwischen der EU und Rußland einen konstruktiven Dialog über außenpolitische Probleme, wie z.B. den Nahen Osten, den Islam, China, die UNO, die OSZE und über Fragen friedenserhaltender Maßnahmen einzuleiten. Ein solcher Dialog wäre nicht nur von Bedeutung, um übereinstimmende Interessen und koordinierte Vorgehensweisen zu identifizieren. Er könnte auch dazu beitragen, das politische Gewicht sowohl Rußlands als auch das der EU zu vergrößern und es zur Stärkung multilateraler Institu-

tionen im beiderseitigen Interesse einzusetzen.

Eine zentrale Komponente der EU-Rußland Beziehungen ist die Frage, welches Verhältnis sich die EU zu den USA wünscht. Nur wenn sich die EU in Zukunft von einer ökonomischen Macht zu einer politischen Macht mit einer eigenen Sicherheits- und Verteidigungspolitik entwickelt, wird sie für Rußland ein wichtiger sicherheitspolitischer Partner werden. Noch trifft Rußland wesentliche Entscheidungen nicht in Absprache mit der EU, sondern zumeist mit einzelnen EU-Mitgliedstaaten.

Die größten Hindernisse für das Entstehen ernsthafter partnerschaftlicher Beziehungen zwischen der EU und Rußland bilden jedoch die unterschiedlichen gesellschaftlichen Strukturen und sind damit kultureller und psychologischer Natur. Das Mißtrauen Rußlands gegenüber dem Westen verbindet sich mit dem geschwächten nationalen Selbstwertgefühl der Nation.

Wichtig für Putin ist deshalb, daß Rußland seine ökonomische Entwicklung voranbringt. Denn nur so kann das Land sicherstellen, daß es eines Tages über eine Machtbasis verfügt, mit der es auf dem internationalen Parkett ernstgenommen wird.

### Endnoten:

<sup>1</sup> vgl.: Offizielle Erklärung vom 30.10.2000 in Paris: [http://www.doc.diplomatie.fr/cgi-bin/go\\_doc.pl?type=bull&cible=20001102.1.de.html#Chapitre2](http://www.doc.diplomatie.fr/cgi-bin/go_doc.pl?type=bull&cible=20001102.1.de.html#Chapitre2)

<sup>2</sup> Angebrachter wäre der Begriff der pragmatisch-realistischen Zusammenarbeit.

<sup>3</sup> Die Kriegsführung in Tschetschenien hatte das Verhältnis zur EU stark belastet. Die EU überprüfte ihre „Gemeinsamen Strategie“ gegenüber den Russen. Diese begründeten ihr Vorgehen damit, anti-terroristische Maßnahmen zu vollziehen.

<sup>4</sup> vgl. Fußnote Nr.1

<sup>5</sup> vgl. Agreement on Partnership and Cooperation establishing a partnership between the European Communities and their Member States, and the Russian Federation, vgl. dazu [http://www.fco.gov.uk/text\\_only/directory/expmemtxt.asp?Id=20&fco.txt](http://www.fco.gov.uk/text_only/directory/expmemtxt.asp?Id=20&fco.txt)

Der Vertrag trat erst am 1.12.1997 in Kraft.

<sup>6</sup> vgl.: Rat der Europäischen Union: Gemeinsame

Strategie der Europäischen Union für Rußland. 04.06.1999:

<http://ue.eu.int/pesc/default.asp?lang=de>

<sup>7</sup> vgl.: Medium –Term Strategy for Development of Relations between the Russian Federation and the EU (2000-2010). 10.1999: Russisches Außenministerium.

<sup>8</sup> Dieser Kooperationsrat tagte zum ersten Mal am 27.1.1998 in Brüssel, vgl. dazu auch:

<http://www.dgap.org/IP/ip9810/kom170198.htm>

<sup>9</sup> Der Amsterdamer Vertrag von 1997, inkraftgetreten im Mai 1999, erweitert das außen- und sicherheitspolitische Instrumentarium der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) der EU. Ein wichtiges neues Instrument ist das der „Gemeinsamen Strategie“. Diese muß einstimmig von den EU-Staaten verabschiedet werden und ermöglicht es, während ihrer Laufzeit im Rahmen der vereinbarten Inhalte durch Mehrheitsentscheidungen nachgeordnete Instrumentarien der GASP wie z.B. Gemeinsame Aktionen und Standpunkte zu nutzen. Somit hat eine Gemeinsame Strategie sowohl eine nach innen als auch eine nach außen gerichtete Funktion: Nach innen fördert sie die Angleichung der nationalen Außenpolitiken im EU-Rahmen, nach außen führt sie zu einer größeren Harmonisierung der Politiken gegenüber Nicht-EU-Mitgliedern.

<sup>10</sup> vgl.: Bericht des EU-Russia Forum for Foreign and Security Policy, erstes Treffen 21./22. Januar 2000, Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP), Berlin. S. 7.

<sup>11</sup> Hier ist insbesondere auf die Bemühungen einzelner EU-Staaten, aber auch der EU selbst zu verweisen, Rußland die Mitarbeit in der Staatengruppe der G-7 zu ermöglichen.

<sup>12</sup> Nicht vergessen werden sollte, daß das Angebot der EU auch innenpolitisch genutzt werden konnte, um Tendenzen der Selbstisolation, der ansteigenden Radikalisierung und anti-westlichen Stimmungsmache in den Medien, ausgelöst durch die Militärschläge der NATO gegen Serbien, Einhalt zu gebieten. In: Schulze, , Peter W.: Rußland – Neue Perspektiven der Innen- und Europapolitik, FES-Analyse, Berlin, September 2000, :S.13f.

<sup>13</sup> Im Jahr 2000 wurden konsequenterweise zwischen einzelnen EU-Staaten und Rußland, aber auch zwischen der EU und Rußland umfangreiche Kooperationen zur Sanierung der russischen Pipelinesysteme und zur Belieferung Westeuropas mit russischem Erdgas beschlossen.

<sup>14</sup> vgl.: Auswärtiges Amt 2001: Ein neues Kapitel der GASP: die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP): [http://www.auswaertiges-amt.government.de/www/de/eu\\_politik/gasp/esvp.html](http://www.auswaertiges-amt.government.de/www/de/eu_politik/gasp/esvp.html)

<sup>15</sup> vgl.: Schulze, S13 ff. und auch: Medium –Term Strategy for Development of Relations between the Russian Federation and the EU (2000-2010). 10.1999: Russisches Außenministerium.

<sup>16</sup> vgl. Timmermann, Heinz: Rußlands Strategie für die Europäische Union, in Berichte des Bundesinstitutes für ostwissenschaftliche und internationale Studien, 5-2000.

<sup>17</sup> a.a.O.:Schulze: S.14

<sup>18</sup> Dies ist das jüngste EU-Integrationsprojekt und soll der EU mehr militärische Handlungsfähigkeit geben. Die Regierungschefs haben auf dem Gipfeltreffen in Köln im Juni 1999 und Helsinki im Dezember 1999 beschlossen, die institutionellen und organisatorischen Grundlagen für ein operativ-aktives Krisenmanagement zu schaffen. Bis zum Jahr 2003 soll ein europäisches Krisenreaktionskorps entstehen, das in einem Umfang von 60.000 Mann friedenserhaltende Maßnahmen und kleinere Kampfeinsätze selbständig durchführen soll. Näheres zu beiden Gipfeln:

[http://www.auswaertiges-amt.de/www/de/eu\\_politik/vertiefung/amsterdam/politikfeder/vertiefung/amsterdam/gasp/esvp\\_html#4](http://www.auswaertiges-amt.de/www/de/eu_politik/vertiefung/amsterdam/politikfeder/vertiefung/amsterdam/gasp/esvp_html#4), siehe auch: EU Military Structures: <http://ue.eu.int/pesc/default.asp?lang=en>.

Auch während des EU-Gipfels in Feira im Juni 2000<sup>18</sup> wurden Maßnahmen für den zivilen und polizeilich-administrativen Einsatz von Ordnungskräften vereinbart. Die Mitgliedstaaten der EU verpflichten sich, bis zum Jahre 2003 für internationale Missionen bis zu 5000 Polizisten abzustellen und innerhalb von 30 Tagen bis zu 1000 Polizisten in Krisengebieten stationieren zu können: siehe gleiche webpage wie oben. Der ER hat am 4.12.2000 in Nizza einen Bericht zum Stand der ESVP verabschiedet. Darin wurde nochmals bestätigt, daß Rußland aufgefordert werden kann, sich an EU-geführten Operationen zu beteiligen:

[EU/EU-Council/NizzaCESDPD00.htm](http://eu-council.org/Docs/2000/12/04/nizzaCESDPD00.htm)

<sup>19</sup> vgl.: EU-Russia Forum for Foreign and Security Policy, DGAP (2000): S. 8.

<sup>20</sup> EU-Russia Forum for Foreign and Security Policy (21/22.01.2000). DGAP. Berlin. S. 6; dazu auch: Udenrigsministeriet Royal Danish Ministry of Foreign Affairs: Conference: The Northern Dimension and Kaliningrad Region, European and Regional Integration.17 – 18 May 2000, Copenhagen :<http://www.um.dk/udenrigspolitik/oesteuropa/sng/konference170500.asp>

**Diese Briefing Note wurde von Ira Bernhof während eines Studienaufenthaltes beim Berliner Informationszentrum für Transatlantische Sicherheit verfaßt.**

**BITS dankt der Ford Foundation für die Unterstützung unserer Arbeit zu den Beziehungen Rußlands zu NATO und EU.**